

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

111. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umgeb. einschließlich
Postgebühren monatlich M. 1.50, vierteljährlich
M. 4.50, halbjährlich M. 8.50, jährlich M. 15.00.
Für den Ausland bezug monatlich M. 2.00, vierteljährlich
M. 6.00, halbjährlich M. 11.00, jährlich M. 20.00.
Einzelhefte M. 0.10.

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Umgeb. die erste
Zeile 20 Pfg., die zweite 15 Pfg., die dritte 10 Pfg.,
die vierte 8 Pfg., die fünfte 6 Pfg., die sechste 5 Pfg.,
die siebte 4 Pfg., die achte 3 Pfg., die neunte 2 Pfg.,
die zehnte 1 Pfg. für die erste Zeile.
Werbung im amtlichen Teil des Blattes ist
gegenüber dem gewöhnlichen Preis ermäßigt.
Werbung im amtlichen Teil des Blattes ist
gegenüber dem gewöhnlichen Preis ermäßigt.
Werbung im amtlichen Teil des Blattes ist
gegenüber dem gewöhnlichen Preis ermäßigt.

Nr. 159

Donnerstag, den 29. März

1917

Eine neue Revolutionsregierung in Dorpat

Deutscher Abendbericht

Das Wolffsche Bureau meldet amtlich:

Berlin, 28. März, abends.

Im Westen ein für uns günstiges Gescheh bei Croisilles (nordöstlich Bapaume); in der Champagne und auf dem Westufer der Maas lebhafteste Feuerkämpfe.

Aus dem Osten und von der mazedonischen Front werden besondere Ereignisse nicht gemeldet.

Die angebliche Einschränkung der deutschen Seeperrgebieteiszone

wb. Berlin, 28. März. (Drahtbericht.) Verdens Gang in Christiania vom 14. März 1917 schrieb unter der Überschrift: „Einschränkung der deutschen Seeperrgebieteiszone“ folgendes:

Die Entente teile erzählt sich, daß in den letzten drei Tagen die deutschen U-Boote von einem großen Schwarm von U-Booten, die England losgelassen hat, unwiderstehlich gegen Helgoland getrieben worden sind. Da die Deutschen also nicht länger ihre ganze Seeperrgebieteiszone aufrechterhalten können, soll es nicht verwundern, wenn sie die Mitteilung herausgeben, daß sie gewisse Teile der Seeperrgebieteiszone freigegeben.

Wir hören — besonders in der allerletzten Zeit — von seiten der norwegischen Presse in Sachen der deutschen U-Bootkriegsführung einen Ton, der bereits von den deutschen Vätern in gebührender Weise zurückgemeldet worden ist. Es handelte sich dabei bisher meist um sensationelle Schauergeschichten über angebliche Grausamkeiten deutscher U-Bootsbesatzungen. So schloß sich, Verdens Gang, eine andere Seite an. Diese Zeitung hofft, den Hund hinter dem Ofen hervorzuholen, indem sie Schwärme von englischen U-Booten gegen die deutschen U-Boote losläßt, um so die deutsche Regierung zu Einschränkungen in der Seeperrgebietserklärung zu veranlassen. Der Versuch ist eigentlich zu plump und zu naiv, als daß er von einem vernünftigen norwegischen Leserkreise ernstgenommen werden könnte. Dennoch sei im Hinblick auf diese und ähnliche andere Versuche, der deutschen Regierung die Absicht einer Einschränkung in der Seeperrgebieteiszone-Kriegsführung anzudeuten, ausdrücklich betont, daß wohl Erweiterungen des Seeperrgebietes — wie kürzlich die Ausdehnung auf das Nordmeer — möglich sind, aber irgendwelche Einschränkungen nicht stattfinden können.

Englischer Frevel an neutralen Schiffen

wb. Berlin, 28. März. (Drahtbericht.) Ein britischer Funkpruch vom 4. März 1917 meldete unter anderem, daß das griechische Schiff „Prikonides“, das von den britischen Regierung beauftragt war, von den Vereinigten Staaten 5000 Tonnen Getreide zur Ernährung der Bevölkerung von Griechenland zu holen, von einem deutschen U-Boot versenkt worden wäre. Die jetzt vorliegende Meldung des U-Bootes sagt dazu folgendes:

Am 24. Februar wurde ein Dampfer ohne Flagge angegriffen, dieser drehte, versuchte zu entkommen und löste eine Flagge, wie später festgestellt wurde, die griechische. Der Dampfer wurde unter Aufsicht der Besatzung des U-Bootes eine halbe Stunde verfolgt, stoppte dann, nachdem er Treffer erhalten hatte, er führte griechische Flagge und Abzeichen. Abgesehen davon, daß er sich im Seeperrgebiet befand, baute er sich durch den Fischereifisch verächtlich gemacht und Mistrauen erregt. Erst durch erneutes Feuer wurde er dazu gebracht, Boot aussteigen, dabei erhielt er wiederum einen Treffer, es kamen zunächst zwei Boote zu Wasser, ein drittes erst auf einen weiteren Treffer. Es wurde folgendes festgestellt: Es war der griechische Dampfer „Prikonides“, 3587 Tonnen, leer von Saloniki nach Algier; in den Booten befanden sich drei Verwundete, die verbunden wurden, ein junger Offizier mit Granatsplittern in der linken Gesichtshälfte wurde mitgenommen. Auf dem Dampfer fehlten vier Tote sein. Der Kapitän, mit dem die Verhaftung verbunden war, gab an, vom Seeperrgebiet nichts zu wissen, er hatte Befehl, auf diesem Dampfer wegzufahren. Die Besatzung wurde entlassen und der Dampfer durch Granatfeuer versenkt.

Es handelt sich also wiederum um reine Stimmungsmache gegen das Deutsche Reich nach bekanntem Muster. Der Dampfer führte nicht 5000 Tonnen Getreide, sondern war leer und befand sich auf der Rückreise nach Saloniki, dorthin hatte er wahrscheinlich nicht Getreide für die hungernde Bevölkerung Griechenlands, sondern für die Truppen der Entente gebracht. Er fuhr ohne Flagge und erott die Flucht, als er zum Stoppen aufgefordert wurde; schließlich erfolgte die Verlenkung innerhalb des Seeperrgebietes außerhalb der Fahrtenne. Der Dampfer wäre also ohnehin durch seine eigene Schuld versenkt worden, auch wenn er Getreide für die griechische Bevölkerung geführt hätte. Die englische Regierung hatte es natürlich nicht für nötig gehalten, den Kapitän des für ihre eigenen Zwecke gedrahteten neutralen Dampfers auf die Gefahr des Seeperrgebietes aufmerksam zu machen.

Spaniens Kohlenverordnung

(z.) Genf, 28. März. (Drahtbericht.) Unseres Sonderberichterstatters, De Arance Rabo, meldet aus Madrid: Die Regierung entsandte Vertreter nach London, um ein Abkommen auf Lieferung von monatlich 150 000 Tonnen Kohlen durchzuführen. Das Ergebnis ist unbekannt.

wb. Bern, 28. März. (Drahtbericht.) Der „Temps“ meldet aus Madrid: Die Arbeiterdelegationen erklärten in einer Gesamtsitzung den Generalstreik. Die Madrider Sektion

widersehe sich. Eine Einigung sei bisher nicht erzielt worden, doch hoffe Koutanones, die Arbeiterklasse werde dem zurückzudrehen, schwere Störungen im Wirtschaftsleben hervorgerufen.

Eine Nebenregierung in Dorpat

wb. London, 28. März. (Drahtbericht.) Die „Times“ melden aus Riga: Die Berichte aus Dorpat sind wenig befriedigend. Die dortigen Revolutionäre bilden eine eigene Miliz und eine eigene provisorische Regierung, die sich um die Vorschriften der südlichen Miliz und der provisorischen Regierung nicht kümmert. Es ist infolgedessen ein Zustand von Anarchie entstanden, der zum Vätergessen und zur Zerstörung von Eisenbahnen führte.

wb. Stockholm, 28. März. (Drahtbericht.) In letzter Zeit mehren sich die Nachrichten, die erwecken lassen, daß die Verwirrung in Rußland zunimmt. Der Korrespondent von „Svenska Dagbladet“ in Saporanda erzählt von aus Petersburg heimkehrenden Schweden, daß es noch viel zu früh sei, irgendwelche Schlüsse über die Durchführung der Staatsumwälzung zu ziehen. Die Erörterung zwischen den Arbeitern und der provisorischen Regierung sei sehr hitzig. In mehreren Fabriken war es sehr schwierig, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen, da sie hierfür Bedingungen stellten, die die Regierung nicht ohne weiteres gutheißen könne. Viele Umstände ließen neue Unruhe erwarten. So hätten die Arbeiter es durchaus gesehen, daß sie Waffen tragen dürfen. In den Petersburger Fabriken träfen täglich große Mengen von Gewehren, Revolvern und Munition ein, doch seien die Soldaten der neuen Regierung frei und bildeten die Mehrheit im Rate der Soldaten und Arbeiter.

„Arbeiterrat“ erzählt von einem amerikanischen Reisenden, der aus Rußland kommt, die Lebensmittel seien in Petersburg noch immer sehr knapp. Außerdem könne man sich nicht denken, wie es auch mit bestem Willen gelingen werde, den Eisenbahnverkehr wieder in Gang zu bringen, um die Städte ausreichend zu versorgen.

(z.) Stockholm, 28. März. (Drahtbericht.) Unseres Sonderberichterstatters (z.) Eine bedeutende Anzahl von Arbeitern der Petersburger Arbeiterrat neuerdings infolge Anstresses sämtlicher Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbetriebe, die jetzt der provisorischen Regierung den Gehorsam verweigern und sich ausschließlich ihrer eigenen Interessen widmen. Der Anlaß zu dieser Loslösung von der Regierung war das Verbot des Kriegsministeriums, sozialistische Anträge an die Soldaten zur Front zu beschicken, wogegen der Arbeiterrat protestierte. Die Regierung richtete auch gestern wieder die bringende Bitte an die Arbeiter, endlich die Tätigkeit wieder aufzunehmen.

wb. Bern, 28. März. (Drahtbericht.) Der Lyoner „Republican“ meldet aus Petersburg: Die gemischten Arbeiter- und Soldatenkomitees haben beschlossen, einen Sonderausschuß für die engere Fühlungnahme mit der provisorischen Regierung zu ernennen.

Buchanan bei den Unruhen schwer verletzt

(z.) Stockholm, 28. März. (Drahtbericht.) Unseres Sonderberichterstatters (z.) Nach einer amtlichen Mitteilung der englischen Botschaft in Petersburg ist der russische Botschafter Buchanan seit den Petersburger Unruhen erkrankt, nämlich an hohlerhalsigem Fieber. Doch die Angehörigen der englischen Botschaft selbst behaupten, er sei bei den Unruhen schwer verletzt worden.

Österr.-ungar. Heeresbericht

wb. Wien, 28. März. (Drahtbericht.) Amtlich wird gemeldet:

Deklarierter Kriegschauplatz

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph

Südlich des Uj-Tales wurde in drei Kilometer Breite eine russische Höhenstellung genommen und gegen drei starke Gegenangriffe behauptet. Die Deutsche belästigt sich auf 150 Gefangene, drei Maschinengewehre und zwei Minenwerfer. Gegen die Magyars-Stellung kämpfte der Feind gestern nachmittags dreimal vergeblich an. In den Waldkarpaten erfolgreiche Vorstoßunternehmungen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz von Leopold von Bayern.

Bei Stanislau drang ein Stoßtrupp in die feindliche Hauptstellung ein. Die Russen flüchteten. Sonst bei Tarnopol geringe Tätigkeit.

Italienischer Kriegschauplatz

Die Zahl der im Kampf südlich von Vigilia gefangenen italienischen Soldaten hat sich auf 15 Offiziere und 500 Mann erhöht. In diesem Raum ist das Artillerie- und Minenwerferfeuer sehr lebhaft.

Südböhmischer Kriegschauplatz

In der albanischen Front starker Geschützkampf. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hofer, Feldmarschallsleutnant.

Die neuen Steuern

Von Otto Reinath-Berlin,

Mitglied des Reichstages

(Nachdruck verboten.)

Verhältnismäßig schnell und leicht sind die Steuergesetzgebungen der verbündeten Regierungen durch den Haushaltsausgleich des Reichstages gegangen, obwohl die aufzubringenden Steuererlöse gewaltig sind. Aber es zeigt sich immer mehr, daß im Krieg der Maßstab für Zahlen ein anderer geworden ist. Wer hätte es vor dem Krieg für möglich gehalten, Anleihen von zehn und mehr Milliarden Mark in einer Auflage unterzubringen, und wer ebenso, einen Steuerbetrag von 1 1/2 Milliarden Mark in wenigen Wochen ohne nennenswerte Kämpfe bewilligt zu erhalten! Die Not der Zeit hat zweifellos in dieser Beziehung die Opferwilligkeit ebenso wie das Empfinden für die Staatsnotwendigkeiten gesteigert.

Der verhältnismäßig einfache Aufbau der Regierungsentwürfe ist im wesentlichen unverändert geblieben. Ein nachträglicher Zuschlag zu der früher beschlossenen Kriegsteuer, eine starke Besteuerung der Kohlen und des Getreides, das sollten die drei neuen Pfeiler des Finanzgebäudes werden, der Ausschuss hat daran nur im einzelnen Veränderungen vorgenommen.

Der Zuschlag zur Kriegsabgabe ist sicherlich eigenartig, insofern hier eine nachträgliche Erhöhung einer schon veranlagten Abgabe erfolgen soll. Ein solches Verfahren wäre für gewöhnliche Zeiten im höchsten Maße ansehbar, weil es eine unerträgliche Unsicherheit und Unbeständigkeit in das Abgabewesen und in den Haushalt des einzelnen Steuerpflichtigen bringen würde. Das außergewöhnliche Mittel kann nur durch die außergewöhnlichen Verhältnisse gerechtfertigt werden. Der Ausschuss hat dem 20prozentigen Zuschlag zugestimmt, aber in einigen Punkten Änderungen vorgenommen. Bei einem Gesamtvermögen von nicht über 100 000 Mark ermäßigt sich der Zuschlag bei Steuerpflichtigen mit mehreren Kindern unter 18 Jahren zunächst auf 15, dann auf 10, dann auf 5 Prozent, um schließlich bei mehr als 5 Kindern unter 18 Jahren ganz in Wegfall zu kommen. Weiter ist eine Erhöhung des Steuerzuschlags vorgesehen, wenn Steuerpflichtige glaubhaft machen, daß das Jahr, das auf den vom Kriegsteuergesetz erfaßten Zeitraum folgt, zu einer Vermögensminderung oder einem Mindergewinn in Höhe von mindestens einem Fünftel des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns geführt hat oder führen wird. Endlich wird die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegsteuer oder die Sonderbesteuerung des Vermögenszuwachses, Mehrgewinns und Mehrgewinns für einen von der Kriegsteuer erfaßten Zeitraum durch die Bundesstaaten oder Gemeinden für unzulässig erklärt. Der Ausschuss hat also diesmal sich auf eine Milderung der Regierungsvorlage beschränkt, im Unterschied gegen früher, wo bei ähnlichen Anlässen in der Regel überwiegend Verschärfungen vorgenommen wurden.

Auch die 20prozentige Steuer vom Wert der gelieferten Kohle ist angenommen worden. Die Versuche, den Hausbrand der Unbemittelten allgemein steuerfrei zu lassen oder mit einer geringeren Steuer zu belegen, sind an den technischen Schwierigkeiten gescheitert. Dagegen sind mittelbar dem Hausbrand einige Vergünstigungen zuteil geworden. So wird die aus Braunkohlen hergestellte Drehkohle nur mit 15 Prozent belegt, ebenso die Kohle, welche die Werke für Hausbrandzwecke auf Verlangen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach näherer Bestimmung des Bundesrats zu ersten Verkaufspreisen zu liefern verpflichtet sind. Zum Schutz der zurzeit ohnehin wirtschaftlich schwer bedrängten Hausbesitzer ist das Recht der Abminderung bei bestehenden Lieferungsverträgen auch auf Verträge über die Lieferung von Heizung ausgebeht worden, ebenso weiterhin bei Verträgen auf Lieferung von Dampfkraft und über Personen- und Güterbeförderung im See- oder Binnenschiffsverkehr. Von großer Bedeutung ist die im Ausschuss beschlossene Befristung des Gesetzes auf die Zeit vom 1. August 1917 bis 31. Juli 1920. Damit wird dem Reichstag erleichterungsweise eine erneute Prüfung der Kohlenbesteuerung im Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzreform nach dem Kriege vorbehalten. Es ist in der Tat notwendig, daß die Wege zur planmäßigen Neuordnung der Finanzen nach dem Kriege nicht heute schon verbannt werden.

Weiter ist es nicht gelungen, dieselbe dringend erwünschte Befristung auch bei der Besteuerung der Personen- und Güterverkehrs festzulegen. Es wurde, wenn auch ungerne, darauf verzichtet, weil die nach dem Kriege zu erwartende Tarifreform sich auf den neuen Steuerfällen aufbauen wird, eine abermalige Veränderung also auch erneute Tarifveränderungen notwendig machen würde. Die Hauptschwierigkeit in der Befristung bot die Frage der Staffelung der Steuerfälle zu Gunsten der Frachten auf größere Entfernungen, namentlich mit Rücksicht auf die Kohlenfrachten. Von der Verkehrssteuer und der Kohlensteuer war eine neue beträchtliche Einbuße an Wettbewerbsfähigkeit für die Industrie in den von den Kohlenzentralen abgelegenen Reichsgemeinden zu erwarten. Es wurde schließlich die Kohle von der Verkehrssteuer freigelassen, dagegen durch eine Veränderung des Frachtkundenkempels steuerlich besonders erfasst. Die viel umkämpfte Besteuerung des Straßenbahnverkehrs wurde dahin entschieden, daß für Straßenbahnen ein ermäßigter Steuertarif in Anwendung kommt mit 8 Prozent gegen 12 Prozent des Fahrpreises. Ob damit die befürchtete Verteuerungswelle im Straßenbahnverkehr verhindert wird, kann füglich bezweifelt werden, obwohl für die Kriegszeit wenigstens ein Regel

Je größer der Erfolg dieser Kriegsanleihe,
desto kleiner die Hoffnung unserer Feinde.